

Politische Verhältnisse in der DDR um 1952.

Die politischen Verhältnisse in der DDR basieren auf den seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs in der sowjetischen Besatzungszone getroffenen Maßnahmen der politischen Führung in der Zone und der SMAD, die hier das sowjetisch-kommunistische System einführten.

Dazu gehört vor allem die unangefochtene **Führungsstellung der SED**, die sie sich seit Wiedergründung der KPD am 11.6.1945 verschaffte.

- Der **Zusammenschluss von SPD und KPD**, aus westlicher Sicht eine „Zwangsvereinigung“, sicherte die Einheit der Arbeiterklasse und garantierte nach sozialistischer Darstellungsweise den ungebrochenen Willen des Volkes, in sozialistischem Sinn die Politik des Staates zu bestimmen.
- Die „Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien“ (14.7.1945, **Antifa-Block**) war von vornherein auf die Linie der KPD, später der SED festgelegt.
- Die Bildung von sozialistischen **Massenorganisationen** (FDGB, FDJ etc.) sicherte einerseits den gesellschaftlichen Einfluss der SED, andererseits über deren Vertretung in der Volkskammer auch ihren Einfluss in der Politik.
- Die DDR behielt zwar formal ein Mehrparteiensystem bei, die Volkskammer-„wahlen“ waren jedoch reine Akklamationsveranstaltungen zur Bestätigung der Vorrangstellung der SED und keine echten Wahlen im westlich-pluralistischen Sinn (Einheitsliste des „Nationalen Blocks“ seit 1950, festgelegtes Sitzverhältnis in der Volkskammer).
- Ausschließliche Besetzung von Führungspositionen durch Parteikader,

Bodenreform (1945) und **Kollektivierungskampagnen** (1952) sicherten über die Enteignung von Großgrundbesitz und die Kollektivierung weniger rentabler Güter sowohl die Rentabilität der Landwirtschaft als auch ihre Einordnung in das gesellschaftliche System des „Arbeiter- und Bauern-Staates“.

Breite **Verstaatlichungen**, vor allem in der Schwer- und Schlüsselindustrie (Überführung in Sowjetische Aktiengesellschaften, Bildung „Volkseigener Betriebe“), sicherten auch im industriellen Bereich den Einfluss der SED und ermöglichten ihre Eingliederung in die staatliche Planwirtschaft. Außerdem hatten diese Verstaatlichungen weitreichende gesellschaftliche Auswirkungen, da sie die Sozialstruktur der DDR grundlegend veränderten (Unternehmerschicht). Wichtigstes Ziel war hier die **Erhöhung der Arbeitsproduktivität**, um einerseits die Planvorgaben im „Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ zu erfüllen, andererseits verstärkte Anstrengungen zu betreiben, die ökonomische und politische Übermacht des sozialistischen Lagers gegenüber der kapitalistischen Welt zu beweisen.

In der Frage der **Sicherung der Herrschaft** zeigte sich die SED als diktatorisches stalinistisches Organ. Abweichende Meinungen wurden innerhalb der Partei und in der Gesellschaft verfolgt und unterdrückt:

- Diktatorische Macht des Politbüros der SED auch innerhalb der Partei (Durchsetzung des demokratischen Zentralismus)

- 1950 Gründung des Ministeriums für Staatssicherheit als "Schild und Schwert" der Partei und des sozialistischen Systems,
- 1950/51 umfassende "Säuberungen" in der Partei,
- Verschärfung der Abhängigkeit der Blockparteien von der ideologischen Dominanz der SED durch die vorbehaltlose Anerkennung ihrer "führenden Rolle als der Partei der Arbeiterklasse" Ost-CDU, Juli 1952)